



Folgegespräch im Rahmen des Branchendialogs Elektroindustrie der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie am 21. Juni 2017

Gemeinsame Erklärung

Die Elektroindustrie (Elektrotechnik- und Elektronikindustrie) ist eine der beschäftigungsstärksten Industriebranchen in Deutschland. Kennzeichnend sind ihre weltweite Vernetzung und ihre hohe Innovationskraft. Technologische Neuerungen ihrer Unternehmen versetzen Hersteller anderer Branchen vielfach in die Lage, selbst Produktionsprozesse zu modernisieren und Innovationen voranzutreiben.

Die Elektroindustrie ist ein wichtiger Wegbereiter der Digitalisierung, wie auch die Innovationsstudie von ZVEI, Fraunhofer ISI und IW Consult unterstreicht. Die Technologien und Produkte der Elektroindustrie ermöglichen Fortschritte bei der digitalen Sicherheit, der Energiewende und der Steigerung der Energieeffizienz und Produktivität. Dabei stützt sich die Elektroindustrie ebenso auf die Fähigkeiten und Leistungen ihrer Beschäftigten wie auf unternehmerische Gestaltungskraft.

In der Gemeinsamen Erklärung der Beteiligten am Branchendialog Elektrotechnik- und Elektronikindustrie vom 21. Mai 2015 vereinbarten der ZVEI, die IG Metall, Gesamtmetall und das BMWi Maßnahmen auf den drei Handlungsfeldern Innovation und Digitalisierung (einschließlich Energiepolitik), Außenwirtschaft/Internationalisierung und Beschäftigungspolitik, um die Elektroindustrie zu stärken.

Umsetzungsfortschritte

Seither wurden wichtige Umsetzungsfortschritte erzielt:

- Aus der Plattform Industrie 4.0 haben sich das Standardization Council Industrie 4.0 und das Labs Network I4.0 gegründet. Damit haben wir ein schlagkräftiges Ökosystem für die wichtigen Bereiche Standardisierung und Implementierung. Weitere wichtige Initiativen für die Digitalisierung, unter maßgeblicher Beteiligung der Elektroindustrie, sind die Allianz für Cybersicherheit und das Bündnis Zukunft der Industrie. Mit Handlungsempfehlungen, Praxisleitfäden und Fortschritten im Bereich Standardisierung tragen alle dazu bei, dass die deutsche Industrie den Weg der Digitalisierung zügig beschreiten kann. Wir begrüßen dabei, dass die deutsche Plattform Industrie 4.0 in die europäische Plattform der nationalen Initiativen eingebettet ist. Wir sehen dies als unerlässlich an für die Schaffung eines Digitalen EU-Binnenmarktes und der Digitalunion. Ein zentrales Handlungsfeld der deutschen Plattform Industrie 4.0 ist das Themenfeld Arbeit, Qualifizierung sowie Aus- und Weiterbildung, denn der Mensch muss auch in der digitalisierten Arbeitswelt weiter im Mittelpunkt stehen. Mittelständische Unternehmen finden mit den vom BMWi geförderten Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren ein nahezu flächendeckendes Netz an Anlaufstellen zur Unterstützung in Fragen der Digitalisierung. Durch die Einrichtung einer unabhängigen Geschäftsstelle unterstützt das BMWi die u. a. vom ZVEI angestoßene „Wirtschaftsinitiative Smart Living“, die das Ziel hat, Deutschland zum internationalen Leitmarkt für Smart-Living-Anwendungen zu entwickeln.

- Energieeffizienz hat im Zusammenhang mit der Energiewende Priorität. Alle Maßnahmen aus dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz sind umgesetzt bzw. eingeleitet. In den Arbeitsgruppen der Plattform Energieeffizienz wurden Handlungsempfehlungen erarbeitet, die jetzt von den beteiligten Akteuren zügig umgesetzt werden müssen. Viele Unternehmen sind Teil eines Energieeffizienz-Netzwerks und ihre Zahl nimmt weiter zu. Die gesetzlichen Grundlagen für die Digitalisierung der Energiewende, den Einsatz der „Smart Meter“ und von „Smart Grids“ sind geschaffen worden, ebenso die Rahmenbedingungen für den Netzausbau.
- Das BMWi hat seine Programme zur Exportförderung unter der neuen Dachmarke „Mittelstand Global“ für die mittelständische Wirtschaft übersichtlicher und leichter zugänglich gestaltet. Die Einsetzung eines Koordinators auf Staatssekretärs-Ebene sowie die Einrichtung einer Geschäftsstelle für strategische Auslandsprojekte und die Flexibilisierung der Hermesdeckung entsprechend der internationalen Arbeitsteilung dienen dazu, deutsche Exporteure im internationalen Wettbewerb zu stärken.
- Instrumente wie „Assistierte Ausbildung“ und „Passgenaue Besetzung“ (einschließlich „Willkommenslotsen“) zur Unterstützung bestimmter Zielgruppen bei der Ausbildung dienen dazu, einem Fachkräftemangel vorzubeugen, ebenso die vielfältigen Aktivitäten der Partner am Branchendialog sowie der Allianz für Aus- und Weiterbildung zur Stärkung der dualen Ausbildung.

Der ZVEI, die IG Metall, Gesamtmetall und das BMWi stimmen darin überein, dass an der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen gemeinsam und mit hohem Einsatz weitergearbeitet werden muss. Industrie 4.0, die Gestaltung der digitalisierten Arbeitswelt und die von innovativen Zukunftstechnologien gebotenen Chancen für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Cybersicherheit sowie eine aktive Außenwirtschaftspolitik stehen ganz oben auf der Agenda für die nächsten Jahre.

Digitale Transformation vorantreiben und sichern

Deutsche Unternehmen sind auf gutem Weg, führende Anbieter von Industrie 4.0-Lösungen zu werden. Die globalen Investitionsgütermärkte sind jedoch hart umkämpft. Die Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit ist für die Unternehmen der Elektroindustrie und ihre Beschäftigten daher eine ständige Aufgabe. Der ZVEI, die IG Metall, Gesamtmetall und das BMWi begleiten sie dabei, indem sie sich dafür einsetzen, dass Innovationshemmnisse abgebaut werden, neue Technologien den Weg in die Anwendung gehen können und auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen.

Die Digitalisierung braucht Innovationen. Die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung von Unternehmen bis 1.000 Beschäftigte muss als erster Schritt jetzt umgesetzt werden. Die technologieoffenen Förderprogramme für den innovativen Mittelstand will das BMWi ausbauen. Die Forschung, Entwicklung, Produktion und Anwendung strategischer Schlüsseltechnologien wie der Mikroelektronik, der Künstlichen Intelligenz oder der Quantentechnologie soll auch in Zukunft in Deutschland stattfinden. Die Rahmenbedingungen müssen dies ermöglichen.

Angesichts der strategischen Bedeutung von Vertrauen, Know-how-Schutz und sicheren digitalen Infrastrukturen für den Wirtschaftsstandort Deutschland setzen wir uns für eine Förderung von Security-by-Design-Ansätzen, insbesondere mit dem Schwerpunkt sichere Identitäten für Menschen, Maschinen und Komponenten, ein. Für die Zukunft benötigen wir Möglichkeiten, sektoren- und länderübergreifend sichere Identitäten auszuhändigen, zu prüfen und zu managen sowie entsprechend sicher digital zu kommunizieren. Dies verlangt gemeinsame Anstrengungen hinsichtlich bestehender Plattformen, der Security-Forschung, Awareness und KMU-Befähigung.

Industrie 4.0 braucht schnelles Internet. Der Breitbandausbau muss noch deutlich schneller und weiter gehen. In erster Linie sollte dies durch private Investitionen erfolgen, ergänzt durch öffentliche Förderung im ländlichen Raum, wo vor allem kleine und mittlere Unternehmen angesiedelt sind. Ein zügiger Aufbau von öffentlichen und privaten 5G-Netzen für den mobilen Datenverkehr ist eine wesentliche Voraussetzung für die vernetzte Produktion und daher von zentraler industriepolitischer Bedeutung. Das Ziel ist, die Voraussetzungen für einen flächendeckenden

Rollout von 5G bis 2020 zu schaffen. Mit dem Rollout ist gemeinsam zu prüfen, wie die Bereitstellung von 5G für Privat- und Industrieanwendungen als neue Basisinfrastruktur robust und versorgungssicher weiterentwickelt werden kann. Aspekte der Notstromversorgung und Security schließen wir bewusst ein.

Der ZVEI und die IG Metall werden sich bei der Plattform Industrie 4.0 weiterhin einbringen. Der Wandel hin zu Industrie 4.0 vollzieht sich weltweit. Das BMWi wird sich dafür einsetzen, dass deutsche Unternehmen international auf offene Märkte und offene bzw. harmonisierte Standards stoßen, die Integrität und Vertrauenswürdigkeit von Unternehmens- und Personendaten geschützt und der internationale Dialog über den Rahmen der Digitalisierung intensiviert wird.

Die digitale Transformation bewirkt direkt und unmittelbar die Veränderungen der Märkte. Um Digitalisierung erfolgreich gestalten zu können, gilt es, das erfolgreiche Modell der deutschen Mitbestimmung auch zukünftig zu nutzen und zu stärken. Die Beteiligten sind sich einig darüber, dass die Veränderungsprozesse im Rahmen von Industrie 4.0 nur dann einen nachhaltigen Erfolg haben, wenn die betriebliche Mitbestimmung praktiziert wird und die Beschäftigten in den Unternehmen aktiv im Prozess beteiligt werden.

Energiewende erfolgreich weiterführen

Die Energiewende ist ein wichtiger Baustein, um die Emissionsminderungsziele auf nationaler und internationaler Ebene zu erreichen. Damit Unternehmen wie auch Verbraucherinnen und Verbraucher in energieeffiziente Technologien, Anlagen und Geräte investieren, braucht es verlässliche und konsistente Rahmenbedingungen.

Das BMWi setzt dafür weiterhin auf zwei bewährte Strategien: Die Steigerung der Energieeffizienz sowie den effizienten Ausbau der erneuerbaren Energien. Daneben kommt dem Netzausbau eine wichtige Rolle zu. In Zukunft wird immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien im Rahmen der Sektorkopplung in anderen Sektoren effizient genutzt – etwa zur Umwandlung in Wärme oder im Verkehr. Um diese Sektorkopplung volkswirtschaftlich sinnvoll zu gestalten, braucht es insbesondere eine Neujustierung des heutigen Systems der Umlagen, Abgaben und Steuern für Energieträger sowie einen technologieneutralen Wettbewerb um die effizientesten Technologien. Die Industrie soll die sich daraus ergebenden Chancen nutzen und die notwendigen Technologien entwickeln können. Dazu erwägt das BMWi, eine Studie zu Marktchancen der deutschen Industrie bei der Energieversorgung und Sektorkopplung in Auftrag zu geben. In einer zunehmend elektrifizierten Welt ist darauf zu achten, dass die Elektroinstallation in Gebäuden Schritt hält und bei Nutzungsveränderungen bzw. -erweiterungen überprüft wird.

Das heutige Netzentgeltsystem basiert auf einem System mit zentraler Erzeugung in Großkraftwerken und Verteilung von Strom über die Hochspannungsebene zu den Verteilernetzen. In einem zukünftig mehr dezentral organisierten System ergibt sich Anpassungsbedarf. Das BMWi wird sich dafür einsetzen, dass ein moderner Ordnungsrahmen zur Finanzierung der Netze entwickelt wird. Ziel ist es, zukünftig einen verlässlichen Rahmen für Investitionen in erneuerbare Erzeugung, intelligente Netze, Speicher und Energieeffizienztechnologien zu gewährleisten.

Das BMWi setzt sich weiter dafür ein, die Anreizwirkung im europäischen Emissionshandel zu stärken und gleichzeitig zu gewährleisten, dass Unternehmen ihre Standorte wegen der Kosten der Emissionsrechte nicht verlagern.

Offene Märkte als Basis von Exporterfolgen und Arbeitsplätzen

Die exportstarke deutsche Elektroindustrie und ihre Beschäftigten sind auf den internationalen Handel angewiesen. Das BMWi, der ZVEI, die IG Metall und Gesamtmetall setzen sich im Interesse des Produktionsstandorts Deutschland mit seinen vielfältigen Industriearbeitsplätzen für offene Märkte, weltweiten fairen Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie gegen die vielerorts drohende Abschottung nationaler Märkte ein. Weitere Handelsabkommen der Europäischen Union bieten die Chance, den Handel zu fördern und gleichzeitig hohe Standards zu setzen. Dies beugt einer Zukunft vor, in der die Standards anderer ohne eigenen Einfluss übernommen werden müssen.

Eine stabile und handlungsfähige EU ist für Deutschland wie für die deutsche Elektroindustrie unverzichtbar. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten, bedauern der ZVEI, die IG Metall, Gesamtmetall und das BMWi sehr. Es kommt nun darauf an, den Zusammenhalt der EU mit zukünftig 27 Mitgliedern zu stärken und in den Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich die Voraussetzungen für intensive Wirtschaftsbeziehungen auch in der Zukunft zu schaffen.

Der internationale Waren- und Kapitalverkehr muss auf Augenhöhe und zu gleichen Wettbewerbsbedingungen erfolgen. Das BMWi setzt sich dafür ein, dass deutsche Unternehmen bei ihren Investitionen im Ausland nicht auf Hindernisse stoßen, die für ausländische Unternehmen bei ihren Investitionen in Deutschland nicht bestehen. Die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft darf nicht gefährdet werden, indem die Erträge aus Schlüsseltechnologien von Staaten auf Basis industriepolitischer Strategien abgeschöpft werden, die durch ganz oder teilweise geschlossene Märkte gekennzeichnet sind.

Industrie 4.0 für die Beschäftigten

Hochwertige und zeitgemäße Bildung und Ausbildung sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass junge Menschen für die Anforderungen des Arbeitsmarktes in einer digitalisierten Welt gerüstet sind und die Unternehmen der Elektroindustrie ihren Bedarf an Fachkräften decken können. Das BMWi achtet als Ordnungsgeber ständig auf die Aktualität der Ausbildungs- und Prüfungsinhalte. Außerdem setzt es sich dafür ein, die IT-Ausstattung der Schulen und Berufsschulen zu verbessern, digitalen Kompetenzen und der Nutzung digitaler Medien im Unterricht mehr Raum zu geben sowie Lehrkräfte entsprechend weiterzubilden. Der ZVEI, die IG Metall, Gesamtmetall und das BMWi werden ihre bewährten Maßnahmen fortführen und weiterhin für ein hohes Ansehen technischer Berufe und der dualen Ausbildung werben. Die Förderung von Frauen in MINT-Berufen bildet zukünftig einen Schwerpunkt.

Der digitale Wandel kann nur gemeinsam mit den Beschäftigten gestaltet werden. Berufstätigkeiten werden sich in Zukunft schneller verändern als bisher. Durch den technischen Fortschritt nehmen die Anforderungen an das Know-how der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu, repetitive und körperlich belastende Arbeiten können durch Automatisierung zunehmend reduziert werden, während kreative Wissensarbeitsplätze neu entstehen. Damit diese Veränderungen für alle ein Erfolg werden, sind die Unternehmen und ihre Beschäftigten gefordert, gemeinsam große und fortlaufende Anstrengungen der Weiterbildung und Personalentwicklung zu leisten. Ziel ist es, das Beschäftigungsvolumen am Industriestandort Deutschland zu erhalten und auszubauen. Die vom BMWi und der Plattform Industrie 4.0 vorgelegte Sammlung guter Praxisbeispiele unter dem Titel: „Die digitale Transformation im Betrieb gestalten“ enthält dazu wertvolle Hinweise. Alle Beteiligten prüfen, ob darüber hinaus Leuchtturm-Projekte für Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 möglich sind mit dem Ziel, Beschäftigungspotenziale zukünftiger Technologien zu beleuchten und Meilensteine zu entwickeln.

Der ZVEI, die IG Metall und Gesamtmetall unterstützen ihre Mitglieder bei der Aus- und Weiterbildung. Sie haben im Rahmen einer Sozialpartnerinitiative Handlungsempfehlungen für die Anpassung der Aus- und Fortbildung in den Metall- und Elektroberufen erarbeitet und dem BMWi als Ordnungsgeber sowie dem BMBF und der Kultusministerkonferenz vorgelegt. Die beteiligten Partner und Institutionen sind nun aufgefordert, diese Handlungsempfehlungen zu prüfen und ggf. notwendige Anpassungen und Ergänzungen zeitnah einzuleiten.

Werk- und Dienstverträge können Instrumente einer arbeitsteiligen, wettbewerbsfähigen Wirtschaft sein. Sie müssen verantwortungsvoll eingesetzt werden, ihr Missbrauch ist zu verhindern. Gesamtmetall und die IG Metall werden im Rahmen eines Erfahrungsaustausches auftretende Problemfälle analysieren und über mögliche Abhilfemaßnahmen beraten.

Wachstum und Beschäftigung als Voraussetzungen für eine starke Demokratie

Der ZVEI, die IG Metall, Gesamtmetall und das BMWi haben gemeinsam das Ziel, Deutschland dauerhaft als starken Standort der Elektroindustrie mit einer hohen Zahl von Arbeitsplätzen zu sichern. Dafür braucht es investitions- und beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen. Eine vorausschauende Steuer-, Arbeitsmarkt- und Energiepolitik sind ebenso ausschlaggebend, wie eine Wirtschaftspolitik, die die Bedeutung der Industrie für technologischen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Wohlstand in den Vordergrund rückt.

Der Dialog der Sozialpartner im deutschen Mitbestimmungsmodell bildet einen bewährten Rahmen, um gemeinschaftlich auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Ein breites Angebot an qualifizierten und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und ein Wirtschaftswachstum, das allen zugutekommt, stärken die Demokratie und das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft.

Brigitte Zypries
Bundesministerin für Wirtschaft und
Energie

Michael Ziesemer
Präsident des Zentralverbandes
Elektrotechnik- und
Elektronikindustrie e.V.

Jürgen Kerner
Hauptkassierer und Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied IG Metall

Oliver Zander
Hauptgeschäftsführer von
Gesamtmetall